

Erste Beratung:

**Niedersachsens Beitrag zum Schutz von Flüchtlingen aus Nordafrika und dem Nahen Osten**

- Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3517

**Dr. Silke Lesemann (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Fast täglich erreichen Boote mit Armut- und Krisenflüchtlingen Italien, und regelmäßig versinken morsche Kähne mit Dutzenden, ja mit Hunderten verzweifelter Menschen in der Todesfalle Mittelmeer, die der Not ihrer Heimat entfliehen und ein besseres Leben in Europa suchen wollen. Ihr Ziel ist vor allem die Insel Lampedusa. Dieser Name ist mittlerweile zum Menetekel für die EU-Flüchtlingspolitik geworden. Er steht für die Zerstrittenheit Europas über die Aufnahme von und den Umgang mit Flüchtlingen.

Ich sage hier ganz deutlich: Die Absicherung der Grenzen durch FRONTEX darf nicht Europas einzige Antwort auf die Freiheitsbewegung in Nordafrika bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Kreszentia Flauger [LINKE]: Die wollen Grenzkontrollen!)

Alein aus dem bürgerkriegszerrütteten Libyen sind bisher 430 000 Menschen in die Nachbarstaaten geflohen. Dazu kommen Flüchtlingen aus Drittstaaten, die aus Angst vor Gewalt und Verfolgung ihre Heimat verlassen haben.

Es gibt aber auch noch andere Gründe. Offensichtlich zweifeln noch viele an einer stabilen Entwicklung in Nordafrika. Vor allem junge Männer sind auf der Suche nach Arbeit im reichen Europa. Niemand weiß momentan genau, wie sich der Flüchtlingsstrom weiter entwickeln wird. Es gibt einigen Grund zu der Vermutung, dass er noch stark anwachsen wird. Natürlich muss dann geklärt werden, wie diese Flüchtlinge in Europa verteilt werden sollen. Denn das Flüchtlingsproblem allein den Mittelmeeranrainern zuzuschieben, reicht nicht aus.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Frau Dr. Lesemann, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Polat?

**Dr. Silke Lesemann (SPD):**

Gern.

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Frau Polat!

**Filiz Polat (GRÜNE):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Frau Dr. Lesemann, wundert es Sie nicht, dass bei einem solch wichtigen Thema weder der Innenminister noch ein sonstiges Mitglied des Innenministeriums da ist?

(Zuruf von der CDU: Er ist entschuldigt!)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Frau Dr. Lesemann!

**Dr. Silke Lesemann (SPD):**

Auch ich sehe Minister Schönemann nicht. Aber es soll ein Vertreter des Innenministeriums zugegen sein. Der Minister hat sich entschuldigt.

(Minister Dr. Bernd Althusmann: Er ist entschuldigt! Er ist bei der Innenministerkonferenz! - Ministerin Aygül Özkan: Ich sitze doch die ganze Zeit hier!)

- Ach, Sie sind die Vertretung? - Okay.

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Die Sachlage scheint geklärt zu sein. Frau Dr. Lesemann, Sie haben das Wort.

**Dr. Silke Lesemann (SPD):**

Niemand kann genau sagen, aus welchen ethnischen Gruppen die Flüchtlinge stammen und aus welchen Motiven sie die gefährliche Fahrt über das Mittelmeer wagen. Wir wissen nicht, wie sich die Dinge in Tunesien und anderen Staaten entwickeln werden. Haben wir es mit wirklichen Demokratisierungsprozessen zu tun?

Die Zuspitzungen durch die aktuelle Lage in Nordafrika verweisen auf ein tiefer liegendes und schon länger bekanntes Problem. Manche Länder sind allein schon durch ihre geografische Lage stärker durch Flüchtlingsströme belastet als andere. Es geht also auch, meine Damen und Herren, um eine gerechte Lastenverteilung

hinsichtlich der Flüchtlingsströme innerhalb Europas.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Die Situation in Nordafrika und der Umgang damit erfordern aus meiner Sicht vor allem vier zentrale Punkte.

Erstens. Hilfe und Unterstützung vor Ort sollten der erste Schritt sein. Ich möchte hier ausdrücklich Forderungen aus meiner Partei nach einem Marshallplan mit Freihandelszone für Nordafrika unterstützen. Es müssen geeignete Instrumente entwickelt werden, um den Menschen in den betroffenen Ländern eine langfristige Perspektive für Frieden, Wohlstand und auch Demokratie zu bieten.

Zweitens. Das Flüchtlingsproblem an den Außengrenzen der EU lässt sich nicht durch die vorübergehende Einführung von Grenzkontrollen lösen. Die europäische Antwort auf die Entwicklung in Nordafrika darf nicht die Wiedereinführung von Grenzkontrollen sein.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Jan-Christoph Oetjen [FDP])

Das Schengener Abkommen ist eine der wichtigsten europäischen Errungenschaften. Die Freizügigkeit von Personen als europäische Grundfreiheit darf nicht dem innenpolitischen Populismus einzelner Regierungen zum Opfer fallen, meine Damen und Herren.

Drittens. Die EU-Kommission muss einen Vorschlag erarbeiten, wie man entweder Italien bei der Versorgung und Aufnahme der Flüchtlinge hilft, oder aber sich über die Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen in den Mitgliedstaaten verständigt.

Viertens muss das europäische Migrationsystem auf seine Tragfähigkeit hinterfragt werden. Die Solidarität der Mitgliedstaaten muss verlässlich und tragend sein, um auf wachsende Flüchtlingszahlen adäquat reagieren zu können. Ein Umsiedeln von Flüchtlingen in andere Staaten muss möglich sein.

Meine Fraktion hatte bereits im März eine Unterrichtung im Innenausschuss beantragt. Diese ist auch erfolgt. Aber für uns ist noch eine Reihe von Fragen offen, und wir haben Klärungsbedarf zu den von mir beschriebenen Punkten. Deshalb

bin ich auf die Antragsberatungen gespannt. Den Ansatz allerdings, wie die Debatte derzeit von Bundesinnenminister Friedrich und vom niedersächsischen Innenminister Schönemann geführt wird, halte ich für grundverkehrt. Nicht die Abschottung, sondern Flüchtlingsschutz entspricht doch den eigentlichen europäischen Grundwerten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Innenminister sagen im übertragenen Sinne: Humanität ist das falsche Signal. - Aber ich frage Sie, meine Damen und Herren: Ist Inhumanität darauf die richtige Antwort?

(Starker Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)